

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – März 2025

Inhalt

Nachrichten aus den europäischen Institutionen	1
EU-Kommission: Fahrplan für die Frauenrechte und Bericht über die Gleichstellung	1
EU-Rat: neuer Kompromissvorschlag zur Verordnung gegen sexuellen Missbrauch – keine Einigung	1
EU-Parlament fordert mehr Mittel für den ESF+ nach 2027, jedoch nicht für die Garantie für Kinder.....	1
EU-Kommission, EU-Investitionsbank und EU-Ausschuss der Regionen für bezahlbaren Wohnraum	2
EU-Kommission: Rückführungszentren in Drittstaaten nicht für Minderjährige	2
<i>Kurznachrichten: Sozialgipfel, „silberne Transformation“, Online-Videospiele, Kinder in der Ukraine.....</i>	3
Nachrichten aus den europäischen Staaten	3
Schweizer Bundesregierung lehnt Initiative zur Abschaffung der Rentenplafonierung für Ehepaare ab	3
Schweiz beschließt Maßnahmen zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention.....	3
Ungarn: Kinderschutzgesetz verbietet queere Pride-Veranstaltungen und erlaubt Gesichtserkennung	3
Ungarn will Mütter mit Kindern von der Einkommensteuer befreien	4
Italien: Umfrage zur Gewalt gegen Frauen in Liebesbeziehungen und Familie	4
<i>Kurznachrichten: Familiennachzug, staatseigene Geschäfte zur Preiskontrolle.....</i>	4
Weitere Nachrichten	4
Südkorea: niedrigste Geburtenrate weltweit und Aufarbeitung massenhafter ‚Exporte‘ von Kindern.....	4
Europäische Garantie für Kinder: 24 Umsetzungsberichte und Fortschritte bei der Schulspeisung	5
<i>Kurznachrichten: Kinderbetreuungslücke, Pflegestrategie, Tuberkulose bei Kindern.....</i>	5
Berichte und Studien	5
Mehr Jugendbeteiligung: Jugendbericht der EU-Kommission, Eurobarometer und Online-Debatte.....	5
Armutsrisko für Kinder in der EU hat sich kaum verändert	5
OECD: Soziale Ungleichheit in der Nutzung von Kinderbetreuung wird größer	6
Eurydice: Stand der frühkindlichen Bildung und Betreuung in Europa.....	6
EU-Grundrechte-Agentur: Lücken beim Kinderschutz	6
UNICEF: das Wohl des Kindes in seiner digitalen Umgebung.....	7
Studie: In der EU übertreffen Steuern und Abgaben oft die Förderung für arme Familien	7
Weltglücksbericht 2025 zu Ländern und Familiengrößen	7
<i>Kurznachrichten: Verwundbarkeiten auf dem Arbeitsmarkt, Vorausschau, Familienbarometer</i>	8
Bevorstehende Veranstaltungen	8





Nachrichten aus den europäischen Institutionen

EU-Kommission: Fahrplan für die Frauenrechte und Bericht über die Gleichstellung

Im Vorfeld des Internationalen Frauentags am 8. März hat die Europäische Kommission ihren Fahrplan für die Frauenrechte und den Bericht über die Gleichstellung der Geschlechter in der EU 2025 vorgestellt. Wichtige Punkte des Fahrplans sind ein Leben ohne geschlechtsspezifische Gewalt, höchste Gesundheitsstandards, Lohngleichheit und Stärkung der wirtschaftlichen Stellung der Frauen, gleiche Beschäftigungsmöglichkeiten und angemessene Arbeitsbedingungen sowie politische Teilhabe und Förderung einer ausgewogenen Geschlechterverteilung bei der Vertretung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Der Fahrplan soll auf die EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025 aufbauen. Der Bericht über die Gleichstellung bietet einen detaillierteren Überblick über die dabei erreichten Fortschritte und erforderliche weitere Maßnahmen.

- [EU-Kommission: A Roadmap for women's rights – Commission Communication](#) 
- [EU-Kommission: 2025 report on gender equality in the EU](#) 

EU-Rat: neuer Kompromissvorschlag zur Verordnung gegen sexuellen Missbrauch – keine Einigung

Nach mehreren vergeblichen Anläufen seiner Vorgänger hat nun auch der polnische Vorsitz des Rats der Europäischen Union eine Kompromissvariante der „Regulation to Prevent and Combat Child Sexual Abuse“ (CSA-R) vorgeschlagen (s. zuletzt [AGF-EuropaNews 12/24](#)). Gestrichen wurden die vielfach kritisierten Anordnungen zum Aufspüren von CSA-Material, die es erlaubt hätten, das Scannen von Diensten von Technologieunternehmen zu erzwingen. Statt dessen soll nun die Kommission binnen drei Jahren die rechtliche und technische Machbarkeit einer verpflichtenden Aufspürung prüfen, vor allem aber soll eine veränderte Form der gegenwärtigen Ausnahme von der ePrivacy-Richtlinie auf Dauer gestellt und in die CSA-R aufgenommen werden. Diese beinhaltet keine Verpflichtung, sondern eine Erlaubnis für Internetdienste, bei entsprechenden Hinweisen CSA-Material aufzuspüren, wobei gefundenes Material gemeldet werden muss.

Anders als bei vorherigen Kompromissvorschlägen soll dem Entwurf zufolge zwar keine Audiokommunikation, wohl aber Textkommunikation gescannt werden. Ebenso soll nicht nur nach bekanntem, sondern auch nach unbekanntem CSA-Material sowie nach der Beihilfe zu oder Anbahnung von sexuellem Kindesmissbrauch gescannt werden. Beibehalten wurde, dass für verschlüsselte Kommunikation eine datenschutzkonforme Altersüberprüfung vorgeschrieben werden soll. Nach wie vor ist keine Verpflichtung vorgesehen, gefundenes CSA-Material umgehend zu löschen.

Auch dieser Vorschlag ist unter den Mitgliedstaaten, der Kommission und weiteren Akteuren sehr umstritten. Der Ratsvorsitz hat den Mitgliedstaaten nun einen Fragebogen zu deren Auffassungen geschickt, um den Entwurf entsprechend zu überarbeiten. Nach einer Einigung im Ministerrat wäre auch eine Einigung im Trilog mit Kommission und Parlament nötig.

- [EU-Ratsvorsitz: Proposal CSA-R – Presidency compromise texts](#) 
- [EU-Rat: CSA-R – Exchange of views on the approach suggested by the Presidency \(Fragebogen\)](#) 

EU-Parlament fordert mehr Mittel für den ESF+ nach 2027, jedoch nicht für die Garantie für Kinder

Das Europäische Parlament fordert in einem Bericht die Aufstockung des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+). Der Text betont, dass der ESF+ das eigenständige Schlüsselinstrument bleiben sollte, um den Mitgliedstaaten,





Regionen und Kommunen zu helfen, die soziale Dimension der EU zu stärken. Der Fonds sollte sich mit sozialen Herausforderungen wie der Digitalisierung, der Klimaanpassung, menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und den steigenden Lebenshaltungskosten befassen und ausreichende Mittel für die allgemeine und berufliche Bildung bereitstellen. Der Bericht weist eine starke Familiendimension auf und hebt Alleinerziehende und kinderreiche Familien hervor. Er unterstreicht, dass der ESF+ inklusiv sein müsste, mit besonderem Augenmerk auf alle Arten von Familien, auch in entvölkerten Gebieten, wo der Zugang zu Dienstleistungen eingeschränkter sein könnte, und auf Kinder, denen die elterliche Fürsorge entzogen wurde. Ferner wird betont, dass der ESF+ Maßnahmen fördern sollte, die eine Trennung von Familien in prekären Situationen verhindern, einschließlich Erziehungsprogrammen für Eltern, familienorientierter Therapie und Beschäftigungsschulung.

Für die Erhöhung und die Eigenständigkeit des ESF+ hatten sich zuvor COFACE und über 250 weitere zivilgesellschaftliche Organisationen in einer gemeinsamen Stellungnahme ausgesprochen.

Allerdings fand der im Berichtsentwurf enthaltene Vorschlag, im ESF+ 20 Milliarden Euro für die Europäische Garantie für Kinder vorzusehen, keine Mehrheit – anders als bei früheren Entscheidungen. Der Vorschlag wurde von der Europäischen Volkspartei und den rechten Parteien mit Mehrheit abgelehnt. Auch zivilgesellschaftliche Organisationen wie die „EU Alliance for Investing in Children“ einschließlich Caritas Europe, COFACE und Eurochild kritisierten die Entscheidung des Parlaments.

- [Entschließung des EU-Parlaments zu dem Europäischen Sozialfonds Plus nach 2027](#)
- [Joint Statement – Time for ambition – The EU needs a strong Social Fund](#)
- [Alliance for Investing in Children: Response to the European Parliament's vote on the ESF+ post-2027](#)

EU-Kommission, EU-Investitionsbank und EU-Ausschuss der Regionen für bezahlbaren Wohnraum

Die Europäische Kommission und die Europäische Investitionsbank (EIB) arbeiten mit den nationalen Förderbanken und internationalen Finanzinstitutionen zusammen, um neue Finanzierungsmöglichkeiten für dringende Maßnahmen im Rahmen des bevorstehenden Europäischen Plans für erschwinglichen Wohnraum zu entwickeln. Die EIB-Gruppe hat die Arbeiten an einem Aktionsplan für erschwinglichen und nachhaltigen Wohnraum mit geplanten Investitionen in Höhe von rund 10 Milliarden Euro für 1,5 Millionen neue Wohnungen in den nächsten zwei Jahren abgeschlossen. Zum gleichen Thema fordert der Ausschuss der Regionen eine starke Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in die Entwicklung des EU-Plans für bezahlbaren Wohnraum und eine erhebliche Erhöhung der Investitionen in sozialen und erschwinglichen Wohnraum.

- [EU-Kommission und EIB-Gruppe: Basis für eine Investitionsplattform für erschwinglichen Wohnraum](#)
- [Ausschuss der Regionen: starke Rolle bei der Förderung erschwinglichen Wohnraums](#)

EU-Kommission: Rückführungszentren in Drittstaaten nicht für Minderjährige

Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, für abgelehnte Asylbewerber:innen Rückführungszentren („Return Hubs“) in Drittstaaten einzurichten, die jedoch nicht für Familien mit Minderjährigen und alleinreisende Minderjährige genutzt werden sollen. Die EU-Mitgliedstaaten sollen verpflichtet werden, die Abschiebezenträne zu beaufsichtigen. Dies ist im Entwurf einer Rückführungsverordnung enthalten, die der Umsetzung des Migrations- und Asylpakets (GEAS) dienen soll (s. zuletzt [AGF-EuropaNews 4/24](#)). Dort ist auch eine Ausweitung und Verlängerung der Abschiebehalt auf bis zu 24 Monate vorgesehen. Darüber hinaus sollen alle Mitgliedstaaten Regelungen erlassen, mit denen die Anerkennung und Vollstreckung der Rückkehrentscheidungen anderer Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben wird. Der Entwurf wird nun vom EU-Parlament und Ministerrat erörtert



werden. Derweil hat die EU-Agentur für Asyl Daten veröffentlicht, denen zufolge 2024 die Zahl der Asylanträge in der EU plus Norwegen und der Schweiz um 11 % zurückgegangen ist, in Deutschland um 29 %.

➤ [EU-Kommission: Proposal for a Regulation on the return of third-country nationals](#) 

Kurznachrichten: Sozialgipfel, „silberne Transformation“, Online-Videospiele, Kinder in der Ukraine

- Ein Dreigliedriger Sozialgipfel der EU-Führungsspitzen und der Sozialpartner wurde in Brüssel abgehalten. Die Sozialpartner haben dabei einen stärkeren Dialog vereinbart.
- Der Ministerrat Beschäftigung und Sozialpolitik hat eine „silberne Transformation“ erörtert, um ältere Menschen dazu zu ermutigen, im Berufsleben zu bleiben oder in das Berufsleben zurückzukehren.
- Grundsätze zum Schutz von Kindern vor schädlichen Praktiken in Online-Videospielen hat das von der EU-Kommission koordinierte Consumer Protection Cooperation Network (CPC) veröffentlicht.
- Europarat: Die im Februar eingesetzte Sonderbeauftragte für die Situation der Kinder in der Ukraine hat der Ukraine ihren ersten Besuch abgestattet.

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Schweizer Bundesregierung lehnt Initiative zur Abschaffung der Rentenplafonierung für Ehepaare ab

Der Bundesrat, die Regierung der Schweiz, hat die Botschaft zur Volksinitiative „Ja zu fairen AHV-Renten auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!“ verabschiedet. Die Initiative verlangt die Aufhebung der Rentenplafonierung für Ehepaare in der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) sowie in der Invalidenversicherung. Der Bundesrat empfiehlt dem Parlament, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Eine weitere Mehrbelastung der Rentenversicherung in Höhe von rund 3,6 Milliarden Franken gemäß Prognose, zusätzlich zu den Kosten für die 13. monatliche Altersrente und den Kosten, die aufgrund des demografischen Wandels anfallen werden, würde die finanzielle Lage der Rentenversicherung verschlechtern.

Schweiz beschließt Maßnahmen zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention

Der Bundesrat hat acht zusätzliche Maßnahmen zur Stärkung der Kinderrechte verabschiedet. Mit den neuen Maßnahmen sollen die Kinderrechte in den Gesetzgebungsverfahren des Bundes besser berücksichtigt werden. Außerdem zielen die Maßnahmen auf die Kinder- und Jugendpolitik, die Schulung von Berufsgruppen, die für oder mit Kindern arbeiten, sowie auf die Prävention von Mobbing und Cybermobbing ab. Weitere Maßnahmen sind die Partizipation von Kindern und Jugendlichen an Projekten der Bundesverwaltung und die Beteiligung anderer zivilgesellschaftlicher Akteure am Follow-up-Prozess zu den Empfehlungen des UN-Kinderrechtsausschusses, auf die die Maßnahmen zurückgehen.

Ungarn: Kinderschutzgesetz verbietet queere Pride-Veranstaltungen und erlaubt Gesichtserkennung

Eine Änderung des ungarischen Kinderschutzgesetzes untersagt Veranstaltungen, die den Stolz der LGBTQ+-Gemeinschaft zeigen, und gestattet der Polizei den Einsatz von Gesichtserkennungssoftware zur Identifizierung von Teilnehmenden. Diesen drohen Geldstrafen von bis zu 500 Euro. Die EU-Kommission hat mögliche Schritte

dagegen angekündigt, weil die Neuregelung einen Verstoß gegen das Grundrecht auf friedliche Versammlung, gegen geltende Datenschutzvorgaben und möglicherweise auch gegen das neue KI-Gesetz der EU darstelle.

Ungarn will Mütter mit Kindern von der Einkommensteuer befreien

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat angekündigt, dass Mütter mit einem Kind bis zum Alter von 30 Jahren von der Einkommensteuer befreit werden sollen. Mütter mit zwei oder mehr Kindern sollen lebenslang steuerbefreit bleiben. Diese Maßnahme würde eine frühere Regelung erweitern, die bereits Müttern mit vier oder mehr Kindern eine lebenslange Steuerbefreiung gewährt.

Italien: Umfrage zur Gewalt gegen Frauen in Liebesbeziehungen und Familie

Terre des Hommes und ihre Beobachtungsstelle Indifesa haben zum Internationalen Frauentag Umfragedaten veröffentlicht, in denen 40 % der unter 26-jährigen Frauen in Italien angaben, dass Liebesbeziehungen der Bereich sind, in dem sie am ehesten von Gewalt betroffen sind. Weitere 38 % geben die Familie als gefährdeten Ort an. Bei älteren Frauen sind es sogar 58 % bzw. 46 %.

- [Terre des Hommes, Osservatorio indifesa: Il 78% delle ragazze teme violenza in amore o in famiglia](#) 

Kurznachrichten: Familiennachzug, staatseigene Geschäfte zur Preiskontrolle

- Österreich: Der Familiennachzug von Geflüchteten soll nach einem Gesetzentwurf der Regierung für 6 Monate ausgesetzt werden können. Die bisherige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs steht dem entgegen.
- Bulgarien baut Netzwerk staatseigener Geschäfte zur Preiskontrolle auf. Die Geschäfte werden in den staatlichen Postämtern in kleinen Siedlungen eingerichtet, in denen ältere Menschen ihre Renten erhalten.

Weitere Nachrichten

Südkorea: niedrigste Geburtenrate weltweit und Aufarbeitung massenhafter ‚Exporte‘ von Kindern

Laut einem neuen Bericht der OECD ist die Geburtenrate in Südkorea heute die niedrigste der Welt. 2023 wurden durchschnittlich 0,72 Kinder pro Frau geboren, 1960 waren es noch sechs. In dem Bericht werden sich verändernde Trends und ihre Auswirkungen auf die koreanische Gesellschaft untersucht.

Gleichzeitig ist ein Bericht der unabhängigen Wahrheits- und Versöhnungskommission zu Adoptionen erschienen: Seit den 1950er Jahren habe Südkorea mindestens 170.000 Kinder zur Adoption im meist westlichen Ausland freigegeben. Die Adoptionen wurden durch private Agenturen abgewickelt, denen eine geringe Aufsicht zugesichert und deren Gebühren nicht geregelt worden seien. Dadurch habe sich die Adoption zu einem profitorientiertem Geschäft entwickelt. Kindern seien falsche Identitäten gegeben worden. Viele der Adoptionen seien in den Aufnahmeländern illegal gewesen. Betroffene berichten von Vernachlässigung und sexuellem Missbrauch durch die Adoptiveltern. Die Kommission hat der Regierung empfohlen, offiziell um Entschuldigung zu bitten.

- [OECD: Korea's Unborn Future](#) 
- [BBC: S Korea accused of 'mass exporting' children in overseas adoptions](#) 



Europäische Garantie für Kinder: 24 Umsetzungsberichte und Fortschritte bei der Schulspeisung

Am 13. März 2025 fand der International School Meals Day statt, der seit 2013 von dem Verein „Children in Scotland“ koordiniert wurde. 2024 ist allerdings dessen Förderung ausgelaufen. Gleichwohl hat die EU-Kommission den Jahrestag zum Anlass genommen, um über Erfolge der Mitgliedstaaten in der Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder zu berichten, die den kostenlosen Zugang zu mindestens einer Schulmahlzeit pro Tag empfohlen hat. 24 der 27 Mitgliedstaaten hätten mittlerweile ihren ersten Fortschrittsbericht zur Garantie für Kinder eingereicht. Zuletzt kamen Malta und Spanien hinzu. Es fehlen noch Lettland, Luxemburg und Tschechien. Schulmahlzeiten bieten einige Mitgliedstaaten – Finnland, Schweden, Estland – bereits seit Jahren kostenlos für alle Schüler an. Andere – Luxemburg und Kroatien – hätten in jüngerer Zeit allgemeine Programme für kostenlose Schulmahlzeiten eingeführt, was als Auswirkung der Garantie für Kinder angesehen werden könnte. Irland weite sein Programm für warme Schulmahlzeiten auf alle Grundschulen aus, und die Niederlande und Dänemark führen kostenlose Schulmahlzeiten in bestimmten Schulen ein. Frankreich erhebe ermäßigte Schulgebühren, um Kindern aus einkommensschwachen Haushalten den Zugang zu Schulmahlzeiten zu ermöglichen.

- [Children in Scotland: International School Meals Day](#)
- [EU-Kommission: National action plans and progress reports](#)
- [EU-Kommission: Insights from a new report on school meal programmes in the EU](#)

Kurznachrichten: Kinderbetreuungslücke, Pflegestrategie, Tuberkulose bei Kindern

- COFACE hat ein aktuelles [Factsheet zur Kinderbetreuungslücke in der Europäischen Union](#) veröffentlicht.
- Eine ehrgeizige Umsetzung der europäischen Pflegestrategie fordern 20 zivilgesellschaftliche Organisationen und Gewerkschaften, darunter AGE, Caritas, Coface und EFFAT, in der „European Care Advocacy Alliance“.
- [Tuberkulosefälle bei Kindern sind in Europa 2023 um 10 % gestiegen](#). Ein Anstieg besteht bereits im dritten Jahr. Darauf haben das ECDC und die WHO Europe am Welttuberkulostag am 24. März hingewiesen.

Berichte und Studien

Mehr Jugendbeteiligung: Jugendbericht der EU-Kommission, Eurobarometer und Online-Debatte

Neben der Veröffentlichung des EU-Jugendberichts 2022-2024 und der jüngsten Eurobarometer-Umfrage zu den Ansichten junger Menschen eröffnet die EU-Kommission eine neue Online-Diskussionsrunde über die Plattform für Bürgerbeteiligung: Die Debatte baut auf den jugendpolitischen Dialogen auf, die während der ersten 100 Tage der EU-Kommission stattgefunden haben. Sie soll die wichtigsten Themen, die von jungen Menschen angesprochen wurden, in eine offene, EU-weite Diskussion bringen.

- [EU-Kommission: Bericht über die Umsetzung der EU-Jugendstrategie 2022-2024](#)
- [Eurobarometer: EU challenges and priorities – young Europeans' views](#)
- [EU-Kommission: Plattform für Bürgerbeteiligung – Jugendpolitische Dialoge](#)

Armutsrisko für Kinder in der EU hat sich kaum verändert

Im Jahr 2023 stieg das Risiko von Armut oder sozialer Ausgrenzung (AROPE) bei Kindern in der EU im Vergleich zu 2022 von 24,7 % auf 24,8 %, während die absolute Zahl der betroffenen Kinder um weniger als 100.000 sank. In



10 der 21 Mitgliedstaaten mit nationalen Zielen zur Verringerung der Kinderarmut lagen die aktuellen Werte über dem Referenzniveau von 2019. Von den sieben Ländern mit verfügbaren Daten für 2024 verzeichneten Deutschland, Estland und Litauen Rückgänge bei der Kinderarmut, während in Belgien, Bulgarien und Dänemark das Gegenteil der Fall war. In Spanien ging die absolute Zahl der in Armut lebenden Kinder leicht zurück. Insgesamt sank die Zahl der AROPE-Kinder in diesen sieben Ländern 2024 im Vergleich zu 2023 um 266.000.

OECD: Soziale Ungleichheit in der Nutzung von Kinderbetreuung wird größer

Ein neuer OECD-Bericht erörtert die Ursachen für soziale Ungleichheiten in der frühen Kindheit und den Stellenwert der fröhkindlichen Bildung und Betreuung in der Palette der politischen Maßnahmen zur Abhilfe. Die Daten zeigen, dass die sozioökonomischen Unterschiede bei der Teilnahme an fröhkindlicher Bildung und Betreuung fortbestehen, insbesondere bei Kindern im Alter von 0 bis 2 Jahren. In acht von 28 von der OECD untersuchten Ländern haben sich diese Unterschiede bei Kindern im Alter von 3 bis 5 Jahren sogar vergrößert. Und obwohl die Qualität der fröhkindlichen Bildung und Betreuung in den OECD-Ländern insgesamt relativ stabil ist, erhalten benachteiligte Kinder häufig schlechtere Angebote. In dem Bericht wird auch ein politischer Fahrplan für die fröhkindliche Bildung und Betreuung entwickelt, um Gerechtigkeit und Integration besser zu unterstützen. Um Ungleichheiten wirklich abzubauen, brauchen die Regierungen einen politischen Mix aus universellen und gezielten Ansätzen. Die Maßnahmen sollten alle erreichen, sich aber stärker auf die am stärksten Benachteiligten konzentrieren.

- [OECD: Reducing Inequalities by Investing in Early Childhood Education and Care](#) 

Eurydice: Stand der fröhkindlichen Bildung und Betreuung in Europa

Das bildungsbezogene Netzwerk Eurydice der EU-Kommission hat einen vergleichenden Bericht zur fröhkindlichen Bildung und Betreuung in 37 europäischen Ländern veröffentlicht, einschließlich aller 27 Mitgliedstaaten der EU. Viele europäische Länder hätten den Zugang zur Bildung und Betreuung vor dem Besuch der Grundschule ausgebaut. Bei der Sicherstellung des allgemeinen Zugangs zu Bildung ab einem früheren Alter bestünde jedoch noch eine erhebliche Lücke. Dänemark, Deutschland, Estland, Slowenien, Finnland, Schweden und Norwegen seien Vorreiter mit einem garantierten Zugang zur fröhkindlichen Bildung, einer koordinierten Verwaltung durch ein einziges Ministerium, hochqualifiziertem Personal und einem kohärenten Bildungskonzept. In den meisten europäischen Bildungssystemen würden Kleinkindern digitale Kompetenzen vermittelt. Einige Länder führten jedoch Beschränkungen für den Einsatz digitaler Technologien in der fröhkindlichen Bildung und Betreuung ein. Zwei Drittel der europäischen Länder berichten über einen Mangel an Personal in der fröhkindlichen Bildung und Betreuung.

- [Eurydice: Key data on early childhood education and care in Europe – 2025](#) 

EU-Grundrechte-Agentur: Lücken beim Kinderschutz

Die EU-Grundrechte-Agentur hat in einer Studie festgestellt, dass der Schutz von Kindern in der EU sich im Laufe der Jahre zwar verbessert hat, jedoch weiterhin erhebliche Lücken bestehen. Zersplitterte Gesetze und Maßnahmen, die Aufteilung von Zuständigkeiten und begrenzte Ressourcen bilden Hindernisse für die Schaffung integrierter Kinderschutzsysteme, heißt es in der Studie. 27 Länderberichte liefern die Grundlage der Studie, die auch Kinder in alternativer Betreuung umfasst.

- [FRA: Towards Integrated Child Protection Systems](#) 



UNICEF: das Wohl des Kindes in seiner digitalen Umgebung

In einem aktuellen UNICEF-Arbeitspapier wird dargestellt, dass digitale Technologien sich zunehmend auf die Rechte von Kindern auswirken und sowohl Vorteile als auch Risiken mit sich bringen. Während die digitale Umgebung Bildung, Sozialisation, Spiel und Kreativität fördern könne, bestünden auch Gefahren u. a. durch Cybermobbing, Verletzungen der Privatsphäre, Ausbeutung und schädliche Inhalte. Trotz zunehmender weltweiter gesetzgeberischer Bemühungen, die Rechte von Kindern in ihrem digitalen Umfeld zu schützen, gebe es kein einheitliches Rahmenwerk, das sicherstellt, dass das Wohl des Kindes bei Entscheidungen in den entsprechenden Gesetzen und Vorschriften, Geschäftspraktiken und Governance-Strukturen eine vorrangige Rolle spielt. Das Arbeitspapier unterstreicht, wie wichtig es sei, Maßnahmen abzuwägen, die sich auf die Rechte von Kindern auswirken könnten, wie etwa das Recht auf Schutz, Beteiligung und Privatsphäre.

- [UNICEF: Best Interests of the Child in Relation to the Digital Environment](#)

Studie: In der EU übertreffen Steuern und Abgaben oft die Förderung für arme Familien

Eine Studie der Universität Kassel hat die Verteilungspolitiken der EU-Mitgliedstaaten zugunsten von Familien mit Armutsrisiko untersucht. Dabei wurden nicht nur Sozialleistungen, sondern auch Steuern und Sozialabgaben berücksichtigt, soweit sie Familien unterhalb der Schwelle zum Armutsrisiko betreffen. Die Studie stellt fest, dass die Sozialleistungen für diese Familien nur in vier Mitgliedstaaten höher seien als die Steuern und Abgaben. Hierbei seien die Familien von Alleinerziehenden erwartungsgemäß deutlich besser gestellt als diejenigen von Paaren. Haben die Paarfamilien jedoch kein Arbeitseinkommen oder eines von nur 30 % des Durchschnittseinkommens, so erhielten sie mehr Vorteile als Alleinerziehende. Das verfügbare Nettoeinkommen von Familien mit Beteiligung am Arbeitsmarkt sei in 18 Mitgliedstaaten einschließlich Deutschland bei allen Familientypen höher als das von Familien ohne Arbeitseinkommen. Letztere hätten in sechs Ländern (inkl. Deutschland) ein niedrigeres Nettoeinkommen als arbeitslose Einzelpersonen ohne Kinder, aber ein höheres als Paare ohne Kinder. Die Verteilungspolitiken seien des weiteren meistens für Familien vorteilhaft, in denen beide Elternteile verdienen, insbesondere wenn sie ähnlich viel verdienen. Der Familienstand der Eltern wirke sich unterschiedlich aus; in Deutschland und weiteren Mitgliedstaaten werde vor allem die Ehe finanziell anerkannt, insbesondere bei den Sozialversicherungsbeiträgen. Insgesamt entsprächen die Wirkungen oft nicht den Absichten.

- [P. Frericks und M. Gurín \(Uni Kassel\): Redistribution policies towards poor families in Europe](#)

Weltglücksbericht 2025 zu Ländern und Familiengrößen

Die Universität von Oxford (Wellbeing Research Centre) hat in Zusammenarbeit mit Gallup und dem UN Sustainable Development Solutions Network den World Happiness Report 2025 veröffentlicht. Ein ganzes Kapitel widmet sich dem direkten Zusammenhang zwischen der Größe der Familie sowie familiären Bindungen und dem Glück der Menschen. In der allgemeinen Rangliste der glücklichsten Länder der Welt liegt Finnland zum achten Mal in Folge auf dem ersten Platz. Die Analyse der Bedeutung familiärer Beziehungen beruht auf einer Umfrage in lateinamerikanischen Ländern. Eine Familiengröße von etwa vier Mitgliedern, so der Bericht, ist ein Indikator für ein höheres Glücksniveau. Allein lebende Menschen wiesen oft ein geringeres Glücksniveau auf, was vor allem auf eine geringere Zufriedenheit mit ihren Beziehungen zurückzuführen sei. Andererseits könnten Menschen, die in sehr großen Haushalten leben, auch weniger glücklich sein, wahrscheinlich aufgrund von Faktoren, die mit einer geringeren wirtschaftlichen Zufriedenheit zusammenhängen.

- [World Happiness Report 2025](#)





Kurznachrichten: Verwundbarkeiten auf dem Arbeitsmarkt, Vorausschau, Familienbarometer

- Ein neues Arbeitspapier von COFACE's Forschungsprojekt Paths2include Horizon Europe wirft ein Licht auf [Verwundbarkeiten auf dem Arbeitsmarkt in Europa](#), mit Empfehlungen zur besseren Integration Betroffener.
- UNICEF Innocenti hat ein Grundlagenpapier zur [Vorausschau für die Zukunft von Kindern](#) veröffentlicht, die sich an den Erfahrungen der Kinder mit der Welt orientiert.
- Pax und Pro Familia Schweiz präsentieren die [dritte Ausgabe des Schweizer Familienbarometers](#).

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
2. und 3. April 2025, Berlin und online	<u>Global Disability Summit 2025</u>	International Disability Alliance (IDA), Bundesrepublik Deutschland, Königreich Jordanien
7. April 2025	<u>Weltgesundheitstag 2025 mit Schwerpunkt auf der Gesundheit von Müttern und Neugeborenen</u>	Weltgesundheitsorganisation (WHO)
7. April 2025, Krakau	<u>Promotion of the mental health of children and adolescents in the context of digitalisation – exchange of views</u>	Polnischer Ratsvorsitz, Gesundheitsministerium
8. April 2025, Brüssel und online	<u>Advancing youth mental wellbeing – How can the EU promote and safeguard it?</u>	Euractiv
8.-9. April 2025, Helsinki	<u>COFACE working group on safer internet</u>	COFACE
9.-10. April 2025, Warschau	<u>Conference 'Anti-Trafficking in Human Beings'</u>	Polnischer Ratsvorsitz, Innenministerium
15. April 2025, Budapest	<u>Embedding a child participation culture at local level: Final conference for the Child Citizens project</u>	Eurochild and CSAGYI – the Child Family Youth Association
24.-30. April 2025	<u>World Immunization Week</u>	Weltgesundheitsorganisation (WHO)
13.-15. Mai 2025, Leipzig	<u>Europäisches Fachprogramm Europe@DJHT auf dem 18. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag (DJHT)</u>	Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe
21. Mai 2025, Cambridge	<u>Centre for Child, Adolescent and Family Research Conference 2025 – Building Blocks of Development: Innovations in Science from Research to Practice</u>	Centre for Child, Adolescent and Family Research, University of Cambridge



Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
21. Mai 2025, Warschau	Equal at Home – Equal at Work; How to effectively support mothers and fathers in balancing family and work life?	COFACE
17.-19. Juni 2025, Bristol	First International Child and Family Conference	University of Bristol, UK
25.-27. Juni 2025, Madeira, Portugal	Families across Space and Time; XII Congress of the European Society on Family Relations	European Society on Family Relations (ESFR)

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien TraFaDy (Transnational Family Dynamics in Europe) sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e. V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 14, 10785 Berlin ·
 Tel.: +49 (0)30 290 28 25-70
 E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: www.ag-familie.de
 Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Gefördert vom:



Bundesministerium
 für Familie, Senioren, Frauen
 und Jugend